

An das  
Präsidium des Nationalrates  
E-Mail: [begutachtungsverfahren@parlament.gv.at](mailto:begutachtungsverfahren@parlament.gv.at)  
1017 Wien

Wien, 17. November 2010

**BETRIFFT: Stellungnahme der BAGS zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundespflegegeldgesetz, Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz und das Bundesbahngesetz geändert werden**

**GZ: BMASK-40101/0017-IV/2010**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die BAGS bezieht als Interessenvertretung der Anbieter gesundheitlicher und sozialer Dienste gerne wie folgt Stellung zu o.a. Gesetzesentwürfen:

Wir verleihen mit dieser Stellungnahme unserer expliziten Ablehnung gegenüber den Verschlechterungen, insbesondere im Bereich des Bundespflegegeldgesetzes, Ausdruck. Mit Bedauern mussten wir feststellen, dass der Sparstift einmal mehr bei den Betroffenen angesetzt wurde, wohingegen notwendige Reformen und Vereinheitlichungen in der Verwaltung und bei Systemabläufen ausblieben.

Die zentrale Herausforderung der Gegenwart und Zukunft stellt die Gewährleistung der langfristigen Finanzierung einer zentralen Zukunftsbranche dar. Umso erstaunlicher ist es, dass die angekündigten Änderungen gesamtheitliche und nachhaltige Ansätze in diese Richtung vermissen lassen. Einzelne positive Schritte (wie die Erhöhung der Pflegegeldstufe 6) werden durch sehr kritisch zu betrachtende Verschärfungen (zB bei den Zugangsbedingungen zu den Pflegegeldstufen 1 und 2) aufgewogen. Die Realisierung eines Gesamtkonzeptes lässt sich hieraus nicht erkennen und ist sehr zu bedauern.

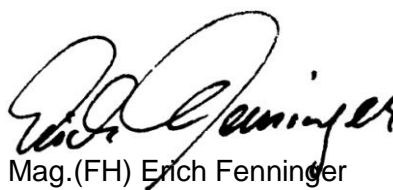
Wir möchten bei dieser Gelegenheit daher wieder auf die Wichtigkeit der Einbindung von Interessenverbänden aus dem Gesundheits- und Sozialbereich bei der Erarbeitung von Zukunftskonzepten für diese Branche hinweisen und erklären hiermit gerne noch einmal unser ausdrückliches Interesse an einer produktiven Zusammenarbeit.

Mit freundlichen Grüßen



Dir. Wolfgang Gruber

Vorstandsvorsitzender



Mag.(FH) Erich Fenninger

Schriftführer

Elektronisch gefertigt